

Ludwig Windthorst – Gegner Bismarcks und Kämpfer für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit

FESTREDE VON PROF. DR. HANS-GEORG ASCHOFF IM RAHMEN DER VERANSTALTUNG „LUDWIG WINDTHORST - WEGBEREITER DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE“ AM 20. JUNI 2012 IM HISTORISCHEN MUSEUM IN HANNOVER ANLÄSSLICH DES 200. GEBURTSTAGES VON DR. JUR. LUDWIG WINDTHORST IN KOOPERATION MIT DER LUDWIG-WINDTHORST-STIFTUNG (LINGEN)

Ludwig Windthorst gehört zu den herausragenden Gestalten in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Er lag unter den Abgeordneten des Deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses nach 1866 hinsichtlich der Wortmeldungen an der Spitze, wobei sich seine Beiträge durch eine Schärfe der Argumentation auszeichneten und er die Gabe besaß, auch über Materien, die nicht zu seinen eigentlichen Spezialgebieten gehörten, sinnvolle und fundierte Ausführungen zu machen, die regelmäßig mit großer Aufmerksamkeit und großem Interesse vom Plenum angehört wurden. Er war ein Meister der Debattierkunst; er erfasste blitzschnell die Absichten seiner Kontrahenten, bewahrte in den hitzigsten Diskussionen Ruhe und Besonnenheit und behandelte auch seine ärgsten politischen Gegner trotz prinzipieller Meinungsunterschiede und gegensätzlicher Zielsetzungen mit ausgesuchter Höflichkeit. Sein Augenleiden, eine zunehmende Kurzsichtigkeit, die am Ende seines Lebens fast zur Erblindung führte und ihn daran hinderte, seine Reden schriftlich niederzulegen, wurde durch ein ausgezeichnetes Gedächtnis gemildert, das ihm dabei half, Redner und Zwischenrufer an ihren Stimmen wiederzuerkennen und auf ihre früheren Äußerungen bei passender Gelegenheit hinzuweisen. Mit Hilfe seines unverwüstlichen Humors, der ein Grundzug seines Wesens war und auch Äußerungen über seine eigene Person bestimmte, gelang es ihm häufig,

Schärfen in der politischen Auseinandersetzung zu mildern. Sein taktisches Geschick, sein politischer Weitblick und seine ausgezeichnete Rednergabe machten ihn zu einem parlamentarischen Genie seiner Zeit. Aufgrund seines Engagements im Kulturkampf, in dem er unermüdlich gegen die grundrechts- und verfassungsverletzenden Gesetzesmaßnahmen kämpfte, wurde er nicht nur zur bekanntesten politischen Führungspersonlichkeit des katholischen Bevölkerungsteils Deutschlands, sondern er entwickelte sich auch zum „gefährlichsten innenpolitischen Gegner Bismarcks“ (W. Bußmann) und zu einem „Wegbereiter des modernen Rechtsstaates“ (Waldemar Röhrbein).

Windthorst wurde am 17. Januar 1812 in Ostercappeln bei Osnabrück geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Heidelberg ließ er sich 1836 in Osnabrück als Rechtsanwalt nieder. Seine politische Laufbahn begann 1849 mit seiner Wahl in die Zweite Kammer der hannoverschen Ständeversammlung, wo er den Reformkurs des Märzministeriums Bennigsen-Stüve unterstützte. Unter dem letzten hannoverschen König, Georg V., wurde er zweimal zum Justizminister ernannt (1851-1853; 1861-1865), womit zum ersten Mal ein Katholik im Königreich Hannover in ein Ministeramt gelangte. In dieser Funktion verfolgte er einen moderaten Reformkurs im

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

PROF. DR.

HANS-GEORG ASCHOFF

Juni 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

Zeichen eines gemäßigten Konstitutionalismus.

Windthorsts Vorstellungen und politische Verhaltensweisen wurden entscheidend durch seine Zugehörigkeit zur katholischen Minderheit im Königreich Hannover beeinflusst. Wenn er während seiner langjährigen späteren politischen Tätigkeit vorbehaltlos für die Respektierung der Glaubens- und Gewissensfreiheit und für den Grundsatz staatsbürgerlicher Parität der Angehörigen aller Bekenntnisse eintrat, so lagen diesem Einsatz Erfahrungen aus dem Königreich Hannover zugrunde, wo die Katholiken als konfessionelle Minderheit in einem protestantisch bestimmten Staat im öffentlichen Leben benachteiligt wurden und ihnen der Zugang zum höheren Staatsdienst verschlossen war. Die eigene Erfahrung lehrte ihn, dass in einem konfessionell gemischten Staat das friedliche Nebeneinander der Konfessionen eine politische Notwendigkeit war. Zeit seines Lebens stand er integralistischen Aktivitäten im eigenen Lager ebenso ablehnend gegenüber wie protestantischen Auswüchsen bei Lutherfeiern oder der kulturkämpferischen Zielsetzung des 1886 gegründeten „Evangelischen Bundes“ (R. Morsey).

Einen tiefen Einschnitt in Windthorsts Leben stellte die Einverleibung des Königreiches Hannover durch Preußen im Zuge des Deutschen Krieges von 1866 dar; er erlebte sie als Kronoberanwalt (Leitender Staatsanwalt des Königreiches) in Celle. In der Annexion, die er aus rechtlichen Gründen ablehnte, offenbarte sich seiner Überzeugung nach die „Staatsomnipotenz“ des preußischen Staates; ihr lag die verkehrte Auffassung zugrunde, dass der Staat die Quelle allen Rechts sei und in alle Lebensbereiche seiner Bürger eingreifen dürfe, sofern dafür eine formal-juristische Legitimation vorliege (R. Lill). Windthorst beteiligte sich aktiv an der Formierung einer Oppositionsbewegung gegen die von Bismarck bestimmte preußische Politik und blieb der entthronten hannoverschen Königsfamilie in Loyalität verbunden. Dennoch bewahrte ihn sein Realitätssinn davor, an eine Wiederherstellung der Selbstständigkeit Hannovers zu glauben. Dies brachte ihn in einen gewissen Gegensatz zu

seinen politischen Freunden aus der hannoverschen Oppositionsbewegung, die unter Bezug auf die hannoversche Dynastie als „Welfen“ bezeichnet wurden und sich in der „Deutschhannoverschen Partei“ organisierten. Windthorst erkannte die durch die Ereignisse des Jahres 1866 geschaffenen politischen Zustände an; dazu gehörten neben der Annexion die Auflösung des Deutschen Bundes und die Gründung des Norddeutschen Bundes als Vorform des kleindeutschen Reiches; er hielt sich aufgrund eines ausgeprägten christlichen Verantwortungsgefühls für verpflichtet, an deren weiterer Ausgestaltung mitzuwirken. 1867 ließ er sich für den emsländischen Wahlkreis in den Reichstag und für den Wahlkreis Meppen in das preußische Abgeordnetenhaus wählen. Beide Mandate fielen ihm bis zu seinem Tod regelmäßig mit überwältigenden Mehrheiten bei den Wahlen zu.

In den politischen Auseinandersetzungen war Windthorst immer dort zu finden, wo es um die Sicherung staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit, den Ausbau des Föderalismus und die Zurückdrängung staatlicher Machtansprüche ging. Dabei fand er entscheidenden parlamentarischen Rückhalt an der Zentrumsparlei, die sich 1870/71 im Zuge der Reichsgründung als Zusammenschluss katholischer Abgeordneter gebildet hatte. Politische Ziele des Zentrums waren die Stärkung des Föderalismus, die Förderung des moralischen und materiellen Wohls aller Volksklassen und die Gewährleistung der bürgerlichen und religiösen Freiheiten sowie der Schutz der Rechte der Religionsgemeinschaften. Die Partei bemühte sich in der Folgezeit, auch evangelische Wählerschichten zu erfassen; dies gelang ihr wegen der ausgeprägten konfessionellen Gegensätze in Deutschland und ihrer von Bismarck systematisch betriebenen Diskreditierung als konfessionelle Interessenvertretung allerdings nicht. Hinsichtlich seiner Wähler und Abgeordneten blieb das Zentrum eine katholische Partei, die jedoch, wenn auch auf konfessioneller Grundlage, den frühen Typ einer „Volkspartei“ darstellte, weil sie alle Schichten und Klassen der Bevölkerung umfasste. Seit Mitte der 1870er Jahre nahm Windthorst, nicht zuletzt infolge seiner ständigen Anwesenheit in den Parlamenten

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

PROF. DR.

HANS-GEORG ASCHOFF

Juni 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

während der Sessionsperioden, im Zentrum eine allseits anerkannte Führungsposition ein. Durch kluges parlamentarisches Taktieren gelang es ihm, die Partei vor einer prinzipiell oppositionellen Haltung zu bewahren und die Regierung zeitweise in Abhängigkeit von ihr zu bringen.

Windthorst erreichte es, die Mehrheit der protestantischen, welfischen Reichstagsabgeordneten aus der Provinz Hannover als Hospitanten an die Zentrumsfraktion heranzuführen. Wenn er sich trotz gelegentlicher Unmutsäußerungen in den Zentrumsreihen über die welfischen Kollegen und ihre irrealen politische Zielsetzung für das Verbleiben der Deutschhannoveraner im Zentrum einsetzte, so geschah dies nicht nur mit der Absicht, seine Fraktion zahlenmäßig zu verstärken; für ihn hatte diese Fraktionsgemeinschaft mit den protestantischen Welfen nahezu prinzipielle Bedeutung; sie verdeutlichte, dass ein Zusammenwirken von Protestanten und Katholiken auf politischem Gebiet möglich war. Die Verbindung von Zentrum und Deutschhannoverscher Partei galt somit als Vorform einer überkonfessionellen Partei, deren Bildung ein wichtiges Ziel der Zentrumsführung unter Windthorst war.

Windthorst beabsichtigte, mit Hilfe eines starken, überkonfessionellen Zentrums den katholischen Bevölkerungssteil Deutschlands aus seiner politischen und gesellschaftlichen Isolierung herauszuführen, in die er nicht zuletzt durch den Kulturkampf geraten war. Der Kulturkampf war die tiefgreifende Auseinandersetzung zwischen der Katholischen Kirche einerseits und der unter Bismarcks Führung stehenden Reichsleitung und preußischen Regierung andererseits, die sich auf die Nationalliberalen stützten konnten. Der Kulturkampf bestärkte Windthorst in seinem energischen Auftreten gegen Ausnahmegesetze, die den Rechtsgrundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz verletzen, indem sie Grundrechte für bestimmte Bevölkerungsgruppen aufhoben und in weitem Umfang polizeiliches Ermessen an die Stelle des richterlichen Urteils setzten. Diesen Charakter wies nicht nur eine Reihe der Kulturkampfmaßnahmen auf, er kennzeichnete auch das Sozialistenge-

setz. Trotz prinzipieller Ablehnung der sozialistischen Bewegung trat das Zentrum 1878 vornehmlich aus zwei Gründen gegen die Gesetzesvorlage auf: Es war von der Erfolglosigkeit der Maßnahme überzeugt; die sozialistische Bewegung würde in den Untergrund getrieben werden und die Erbitterung der Arbeiterschaft gegen andere Klassen der Gesellschaft dadurch wachsen, weil auch berechnete Forderungen der Sozialdemokratie zugunsten der Arbeiter nicht erfüllt würden. Außerdem hätte eine Zustimmung des Zentrums zum Sozialistengesetz als Ausnahmegesetz eine nachträgliche Anerkennung der Kulturkampfmaßnahmen bedeutet. Windthorst stimmte in den folgenden Jahren immer gegen die Verlängerungen dieses Gesetzes, während etliche Zentrumsabgeordnete ein positives Votum abgaben oder zu den Abstimmungen nicht mehr erschienen.

Größeren Erfolg bei der Bewahrung der Einheit der Zentrumsfraktion hatte Windthorst in den Auseinandersetzungen über den Antisemitismus. Infolge des Kulturkampfes war ein großer Teil der Zentrumsabgeordneten für den Antisemitismus anfällig. Durch sein Eingreifen in die Judendebatte des preußischen Abgeordnetenhauses zu Beginn der 1880er Jahre trug Windthorst dazu bei, die ersten Angriffe des politischen Antisemitismus abzuwehren. Durch den Einsatz seiner Autorität als Parteiführer und durch die Drohung mit der Niederlegung seiner Mandate verhinderte er, dass der Antisemitismus im Zentrum Fuß fasste. Windthorst begründete damit eine Haltung, die das Zentrum auch nach seinem Tod beibehielt, womit es neben der Sozialdemokratie zu einer starken Bastion gegen den politischen Antisemitismus wurde. Auch die die polnische Bevölkerung Preußens diskriminierenden Gesetze, die Bismarck im Zeichen seiner Germanisierungspolitik in den 1880er Jahren durch das Parlament peitschte, stießen auf die erbitterte Opposition Windthorsts und der Zentrumsparlei.

Zu den größten Herausforderungen im Leben Windthorsts gehörte es, die Unabhängigkeit der Zentrumsparlei gegenüber Eingriffen von kirchlicher Seite zu sichern. Die Beilegung des Kulturkampfes vollzog sich

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

PROF. DR.

HANS-GEORG ASCHOFF

Juni 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

weitgehend aufgrund direkter Verhandlungen zwischen der Kurie und Berlin unter Ausschaltung der Zentrumspartei. Windthorst befürchtete, dass ein großzügiges Entgegenkommen der Kurie gegenüber der Berliner Regierung die Kirche in eine Abhängigkeit von der Staatsgewalt führen werde und somit der im Kulturkampf bewiesene Widerstand nutzlos gewesen wäre. Letztlich fügte sich das Zentrum der Anweisung Roms bei den Abstimmungen über die Friedensgesetze, die den Kulturkampf beendeten, aber nicht den für die Kirche positiven staatskirchenrechtlichen Status quo der Zeit vor dem Kulturkampf wiederherstellten. Die Fraktion rechtfertigte ihr Nachgeben mit dem Argument, dass es um kirchliche Materien ging, für die den leitenden kirchlichen Stellen die Hauptverantwortung zukam.

Als dagegen die römische Kurie das Zentrum zu einem Entgegenkommen gegenüber der staatlichen Seite in der Frage des Sozialistengesetzes und des Septennates, des siebenjährigen Heeresbudgets, bewegen wollte, um damit den Abbau der Kulturkampfgesetze zu beschleunigen, traf dies auf Windthorsts entschiedenen Widerstand. Er zeigte auf, dass ein derartiges Einlenken den politischen Vorstellungen und Zielen der Partei widersprach, dass vor allem die Zustimmung zum Sozialistengesetz als ein Ausnahmegesetz die Partei unglaubwürdig mache.

Beim Septennatsstreit handelte es sich um eine rein politische Materie, die jedoch vor dem Hintergrund der kirchenpolitischen Ausgleichsverhandlungen ihre besondere Brisanz erhielt. Am 25. November 1886 brachte die Reichsleitung eine Militärvorlage im Reichstag ein, die als Reaktion auf die in Frankreich durch General Georges Boulanger entfachte Revanchestimmung eine erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres und die Bewilligung des Heeresetats für sieben Jahre, das Septennat, vorsah. Wie bereits 1874 und 1880 lehnte das Zentrum das Septennat aus konstitutionellen Gründen und die Verstärkung des Heeres wegen der damit verbundenen Erhöhung der Steuern ab. Bismarck bemühte sich bei der Kurie um eine Weisung an das Zentrum, dem Septennat

zuzustimmen. In der Hoffnung, die Beilegung des Kulturkampfes beschleunigen zu können, kam man in Rom dem Wunsch des Reichskanzlers nach. In zwei Noten forderte Kardinalstaatssekretär Lodovico Jacobini im Auftrag Papst Leos XIII. die Partei zu einem Entgegenkommen in der Septennatsfrage auf. Das Zentrum geriet in eine äußerst delicate Situation, als es Bismarck auch gelang, von der Kurie die Zustimmung zur Veröffentlichung dieser Noten zu erreichen. Windthorst hatte diese Möglichkeit von Anfang an nicht ausgeschlossen; dennoch war er tief betroffen, als sich seine Befürchtung tatsächlich bewahrheitete. Während einer Bahnfahrt von Berlin nach Köln, wohin er sich wegen einer Wahlveranstaltung begab, erfuhr er auf dem Bahnhof in Hannover durch das Ausrufen eines Zeitungsverkäufers von der Veröffentlichung der Jacobinischen Note. Er erfasste sofort die Gefahren, die das Vorgehen der Kurie für das Zentrum in sich barg. Seine Bestürzung überwand er jedoch ziemlich schnell; er war sich bewusst, dass nur durch unverzügliches Handeln dem Eindruck einer Abhängigkeit der Partei von kirchlichen Stellen entgegengearbeitet, aber auch ein zukünftiges Einwirken der Kurie auf die Partei in rein politischen Angelegenheiten unterbunden werden konnte. Dies versuchte er, auf der Wahlveranstaltung im Kölner Gürzenich am 6. Februar 1887 zu erreichen. Die Rede, die er dort hielt, gehört zu den großen Ansprachen des Zentrumsführers. Sie war eine grundlegende Darstellung des Selbstverständnisses der Zentrumspartei.

Windthorst führte aus, dass man der päpstlichen Willensäußerung gern Folge geleistet hätte, wenn sie nicht mit den politischen Grundlinien der Partei in Widerspruch gestanden hätte. Damit wies er auf die notwendige Unabhängigkeit der Partei in ihrer Entscheidung in rein politischen Materien hin. Er hob hervor, dass der Papst diesen Grundsatz selbst anerkenne, dass nämlich in Fragen weltlicher Natur die Zentrumsfraktion, wie jeder Katholik, völlig frei und nach ihrer Überzeugung urteilen und stimmen kann [...]. Diesen Grundsatz müssen wir unter allen Umständen unverbrüchlich festhalten; denn wenn wir ihn nicht festhielten, würde das geschehen, was die Freunde

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

PROF. DR.

HANS-GEORG ASCHOFF

Juni 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

des Kulturkampfes jahraus jahrein uns vorhalten, nämlich dass wir lediglich nach dem Befinden der geistlichen Obern unserer Kirche handelten. [...] Wir hätten dann keine Selbständigkeit. [...] Wir werden gegen jedermann jenen Grundsatz unverbrüchlich für alle Zeiten festhalten, denn er ist die Basis unserer politischen Existenz.

Windthorsts Rede fand ein beachtliches Echo. Sie ging von dem Grundsatz aus, dass die Abgeordneten in rein politischen Angelegenheiten ihre Entscheidung nach dem Gewissen, ihrer Sachkenntnis und den Wünschen der Wähler zu fällen hätten. In seiner Unterscheidung zwischen kirchlich-religiösen Materien, in denen er und die Partei die Entscheidungskompetenz der Hierarchie anerkannten, und rein politischen Gegenständen, die zu entscheiden in der Eigenverantwortung der Laien lagen, wies er die kirchliche Gewalt auf ihre Grenzen im politischen Bereich hin und sicherte die Unabhängigkeit der Partei. Zu diesem Prinzip der Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit der Laien bekannte sich das Lehramt der Katholischen Kirche erst im Zweiten Vatikanischen Konzil mit aller Deutlichkeit. Mit dieser Haltung begründete Windthorst eine Tradition, der sich auch andere herausragende christlich-demokratische Politiker der folgenden Generationen, wie Erzberger, Brüning oder Adenauer, verpflichtet fühlten.

Windthorst starb am 14. März 1891 und wurde in der St. Marienkirche in Hannover beigesetzt. Er hatte Zeit seines Lebens Geschenke abgelehnt, die man ihm in Anerkennung seiner politischen Verdienste zukommen lassen wollte. Stattdessen bat er um eine Spende für den Bau von St. Marien, der zweiten katholischen Kirche nach der Reformation in Hannover. Das Spendenaufkommen war so überragend, dass man eine erheblich größere Kirche errichten konnte, als ursprünglich geplant war. U. a. stifteten Papst Leo XIII. den Hauptaltar, der bayerische Prinzregent Luitpold die Orgel und die Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhausens eine Monstranz. Betonung der vorstaatlichen Rechte, Sicherung und Ausweitung von Freiheitsräumen, Unterstreichung der Finalität des Staates waren wesentliche Elemente

der Staats- und Gesellschaftsauffassung Ludwig Windthorsts. In der Schärfung des Rechtsbewusstseins, im Eintreten für den Gleichheitsgrundsatz im Sinne der Gleichheit aller vor dem Gesetz und in der Formung des Zentrums als unabhängige politische Kraft liegen wesentliche Verdienste Windthorsts für seine Partei; in seinem Einsatz für interkonfessionelle Parteibildung, für unbedingte Toleranz und Parität sowie durch seine Integrationsbemühungen und seine aktive Mitgestaltung der Politik aus christlicher Verantwortung wies er die Zentrumspartei und ihre Nachfolgerin auf wesentliche politische Zielsetzungen hin.